

Keine Bewaffnung von Drohnen für die Bundeswehr!

Beschluss der Jahreshauptversammlung der SPD Köln-Ehrenfeld vom 7.10 zur Weiterleitung an den UB-Parteitag der Köln SPD sowie an den Bundesparteitag.

„Die Anbringung von Raketen auf ULVs [Drohnen] schafft ein Gerät, das Terror verursacht; das ist de facto Terrorismus und würde Deutschland in die Position eines terroristischen Staates bringen. Es nicht notwendigerweise das Feuern der Waffe, das bei denen, die unter bewaffneten ULVs leben, den meisten Terror verursacht; es ist das Wissen, dass jede(r) um sie herum oder sie selbst zu jedem Zeitpunkt ohne Vorwarnung das nächste Opfer eines Angriffs werden können. Dieser Terror ist durchgehend und dauerhaft präsent, wenn sich ULVs über ihnen schweben.“

(„BEWAFFNETE DROHNEN - LISA LING und CIAN WESTMORELAND, Stellungnahme von Veteran*innen des US-Drohnen-Programms an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, 7.12.2020, <https://drohnen-kampagne.de/>)

Das Scheitern des Afghanistankrieges zeigt erneut, wovor Whistleblower wie Cian Westmoreland aus dem US-Drohnenprogramm warnen: Der Einsatz bewaffneter Drohnen ist selbst Terror gegen die Zivilbevölkerung und bringt eben diesen hervor, wie auch immer die Einsatzregeln der Waffe ausgestaltet werden: Bewaffnete Drohnen werden in Afghanistan „Todesengel“ genannt – denn sie unterscheiden sich aufgrund der dauerhafte Präsenz und der ständigen Todesgefahr aus der Luft fundamental von anderen Waffensystemen. Eine Studie eines staatlich finanzierten US-Forschungszentrums, des Center for Naval Analyses kam 2013 zudem zur Schlussfolgerung, dass Angriffe mit Drohnen in Afghanistan zehnmal tödlicher für afghanische Zivilisten als Angriffe mit bemannten Flugzeugen waren und auch nach Dokumenten, die vom US-Geheimdienst geleakt worden sind, haben bewaffnete Drohnen in 90 Prozent der Fälle unschuldige Zivilisten getroffen. Hinter diesen Zahlen verbergen sich Raketen auf Feiern, auf Märkte, Menschen bei der Feldarbeit, auf Kinder und Frauen.

Das Scheitern des Militäreinsatzes in Afghanistan zeigt damit: Der Einsatz bewaffneter Drohnen hat sich als ungeeignet zur Stärkung von Menschenrechten und Demokratie erwiesen, hat die Bevölkerung traumatisiert, Verzweiflung und Hass gesät, damit die Gewaltspirale verschärft und den Terror gefördert.

Das „Nein“ zur Bewaffnung von Drohnen ist daher sowohl ein Gebot der Humanität, als auch der politischen Vernunft: Die Überwindung extremer sozialer Ungleichheit, die Bekämpfung des Klimawandels, die Realisierung des Rechts auf Gesundheit, die Bekämpfung von Fluchtursachen, der Zugang zu Trinkwasser, all dies erfordert in wachsendem Ausmaß zivile internationale Kooperation und den Einsatz aller Bemühungen und Ressourcen für humane Zwecke. Auch deshalb muss die Bewaffnung von Drohnen in der Bundesrepublik gestoppt werden.

Daher lehnt die SPD die Bewaffnung von Drohnen für die Bundeswehr ab und setzt sich für ihre internationale Kontrolle, Abrüstung und Ächtung ein.

Die SPD wird keinem Koalitionsvertrag zuzustimmen, der die Bewaffnung von Drohnen für die Bundeswehr vorsieht.